

Liebe Freunde,

Angela Merkel hat ihr drittes Kabinett in der vergangenen Woche zu einer Auftaktklausur in Meseberg versammelt. Dort wurden nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst.

So begrüßen wir es sehr, dass der Bundeswirtschafts- und -energieminister Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt hat. Sie setzen das um, was wir in den Koalitionsverhandlungen zu dem Thema durchgesetzt haben. Es ist gut, dass die SPD mit Eintritt in die Koalition nun konstruktiv an der Gestaltung der Energiewende mitarbeitet. Primär geht es uns um die Entlastung der Privat— und Industrieverbraucher.

Weiter sind wir schon bei einem anderen Thema: Die Mütterrente kommt. Wir haben sie im Wahlkampf versprochen und werden die Verbesserungen jetzt zügig umsetzen. Ab Juli 2014 werden die erhöhten Renten für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern gelten. Je nach Dauer des Gesetzgebungsverfahrens und der technischen Umsetzung kann es aber sein, dass die Zahlungen erst später aufgenommen werden können – das wird dann aber rückwirkend zum 1. Juli geschehen. Wir setzen das Versprechen um und lassen uns keine erneute Grundsatzdebatte um die Mütterrente aufzwingen. Sie kommt einfach.

Jetzt beginnt für uns die Arbeit und wir werden die Umsetzung des Koalitionsvertrags angehen. Das gilt auch für die Punkte, die ich kritisiere. Wir leben in einer Demokratie und ich lehne zwar einige Regelungen des Koalitionsvertrags ab, das heißt aber nicht, dass ich jetzt nicht mit an der Gestaltung unserer Politik konstruktiv mitarbeite.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

O. Galdeli M

Positionieren und handeln

Mit den Wahlen für die noch offenen Fraktionsämter haben wir in dieser Woche die Konstituierung der Fraktion fortgesetzt. Nun haben wir auch Obleute für die Arbeit in den Ausschüssen. Zudem haben wir die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt. Ich wurde mit 92 Prozent als Obmann im Petitionsausschuss bestätigt. Neben der Kanzlerin, die die Generallinie ihrer dritten Amtszeit vorgestellt hat, haben alle Ressort-Minister die Schwerpunkte ihrer Arbeit dargelegt. Betonen wir also die wesentlichen Säulen und Grundsätze unserer Politik für die nächsten vier Jahre. Erklären wir, wo und wie sich unser Menschenbild in unserer Politik wiederfindet. Oder warum wir Haushaltsanierung und Euro-Disziplin nicht für einen Selbstzweck, sondern für unabdingbare Voraussetzungen für eine weiter gute Entwicklung unserer Wirtschaft halten. Und was das mit Arbeitsplätzen zu tun hat. Stellen wir heraus, dass wir mit aller Kraft weiter an der Bildungsrepublik Deutschland arbeiten. Wir stellen für Bildung, Wissenschaft und Forschung enorme Summen bereit und stellen das nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Gleiches gilt für die Unterstützung der Kommunen und den dringend nötigen Ausbau unserer Verkehrswege. Diese Impulse werden dem Land und den Menschen gut tun. Wir müssen uns mit unserem Programm also wahrlich nicht verstecken.

In der Diskussion über angeblich unzureichende Minderheitenrechte wollen wir der Opposition Möglichkeiten verschaffen, die bisher nicht gewährt wurden – und zwar nicht als Gnadenakt. Die Rechte sollen nach unserer Vorstellung in einem Beschluss des Bundestages festgeschrieben werden, der für diese Wahlperiode gilt. Grüne und Linke gemeinsam könnten Sondersitzungen des Bundestages beantragen, sie hätten besondere Rechte bei der Anhörung von Gesetzentwürfen und sie könnten Untersuchungsausschüsse einsetzen. Wir haben Grünen und Linken schon jetzt zusätzliche Redezeit zur Verfügung gestellt, und wir werden auch ihre finanziellen Mittel um ein Drittel erhöhen.

Waldschule Schwanewede zu Besuch im Bundestag

Rund 40 Schüler des zehnten Jahrgangs hat die Waldschule Schwanewede in dieser Woche Richtung Berlin gesandt, um die Bundeshauptstadt geschichtlich und politisch unter die Lupe zu nehmen. Begleitet von engagierten Lehrerinnen und Lehrern, traf sich die Gruppe auch mit mir als zuständigem Abgeordneten für Schwanewede.

Natürlich gab ich den Schülern einen Überblick über den Arbeitsalltag eines Abgeordneten. Dabei ging ich genauer auf meine Arbeitsbereiche Haushalt und Petitionen ein und plauderte auch ein bisschen aus dem Nähkästchen. So gehört Streit in der Sache zum politischen Geschäft. Was sich manche aber nicht vorstellen können, wenn sie die Berichterstattung in den Medien verfolgen: dass

man mit den Kollegen aus anderen Parteien durchaus privat befreundet sein kann. Ich habe gute Kontakte über die Fraktionsgrenzen hinweg. Politik lässt man da einfach mal außen vor. Es gibt schließlich noch andere Themen. Besonders interessiert hat die Schülergruppe in der abschließenden Diskussion meine Haltung zum Abitur nach zwölf Jahren und den Anforderungen der freien Wirtschaft an junge Auszubildende.



Unterstützung durch die Politik für mittelständische Wirtschaft erforderlich!

Im Gespräch mit Daniela Bessen, der Beauftragten des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e. V. (BVMW), waren unsere Themen u. a. die Einführung der Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren, die Energiewende, die aktuelle Berufsschul- und Ausbildungssituation vor Ort und Veranstaltungen des BVMW in Deutschland und in der Region.

Der BVMW ist der größte deutsche Mittelstandsverband auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft. Er verfügt über rund 300 Geschäftsstellen im gesamten Bundesgebiet und pflegt jährlich Kontakte zu über 600 000 mittelständischen Unter-



nehmen und verfügt über eigene Auslandsbüros in mehr als 30 Ländern, um seine Mitglieder im internationalen Wettbewerb zu unterstützen. Daniela Bessen ist für den BVMW zuständig für Osterholz, Rotenburg und Verden.

Gerade in meinem Wahlkreis Osterholz-Verden ist es vor allem der Mittelstand, der die Arbeitsplätze stellt und die Steuern entrichtet. Durch meine Funktion als Haushaltspolitiker, der in dieser Legislaturperiode auch den Etat des Bundeswirtschaftsministeriums verwaltet, und durch meine Tätigkeit in der Lebensmittelindustrie bin ich noch näher an den Belangen der Wirtschaft. Im Bundeswirtschaftsministerium wird über zahlreiche Fördermittel gerade für kleine und mittlere Unternehmen entschieden. Da ich den Mittelstand in unserer Region bereits in den vergangenen vier Jahren nach Kräften unterstützt habe, kann ich mir sehr gut vorstellen, dieses auch bei dem einen oder anderen Projekt zusammen mit dem BVMW zu tun. Zum Wohle unserer Region.

Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand

Mit meinem beruflichen Hintergrund aus der Wirtschaft stehen für mich als Politiker natürlich besonders auch wirtschaftliche Themen auf der Agenda. Die Stärke unserer Bundesrepublik resultiert vor allem aus einem gesunden Mittelstand – dazu zählen viele Unternehmen aus den Landkreisen Verden und Osterholz.

Für mich ist unerlässlich, dass die Entscheidungen, die wir im Deutschen Bundestag treffen, unserer Wirtschaft nicht schaden. Nur das, was wir erarbeiten, können wir auch ausgeben, beispielsweise für Sozialleistungen. Erfolgreiche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand . Daher liegt es an uns Politikern, ein unternehmerfreundliches Klima zu schaffen, von dem letztlich alle profitieren, da der Staat insgesamt besser da steht.

Aus diesem Grund bin ich in dieser Wahlperiode dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion beigetreten. Diese soziologische Gruppe im Deutschen Bundestag zählt 175 Mitglieder und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der vielen (häufig familiengeführten) mittelständischen Unternehmen unseres Landes nicht aus den Augen zu verlieren und Deutschlands wirtschaftliche Kraft weiter zu stabilisieren.

Wer sich gerne etwas genauer über den Parlamentskreis Mittelstand informieren möchte, findet Informationen dazu im Internet unter http://www.cducsu.de/ fraktion/parlamentskreis-mittelstand



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range